



Brüssel, den 21. November 2014
(OR. en)

15635/14

JEUN 109
EDUC 328
SOC 792
CULT 131
EMPL 165
SPORT 57

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	15366/14 JEUN 105 EDUC 322 SOC 769 CULT 128 EMPL 155 SPORT 54
Betr.:	Der bereichsübergreifende Ansatz für die Jugendpolitik als Instrument zur besseren Bewältigung sozioökonomischer Herausforderungen und gezielteren Gestaltung jugendpolitischer Maßnahmen Orientierungsaussprache [Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates (Vorschlag des Vorsitzes)]

Nach Anhörung der Gruppe "Jugendfragen" hat der Vorsitz das beiliegende Diskussionspapier ausgearbeitet, das als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 12. Dezember 2014 dienen soll.

Der bereichsübergreifende Ansatz für die Jugendpolitik als Instrument zur besseren Bewältigung sozioökonomischer Herausforderungen und gezielteren Gestaltung jugendpolitischer Maßnahmen

Diskussionspapier des Vorsitzes

Gegenwärtige sozioökonomische Herausforderungen für junge Menschen

In den sechs Jahren von 2008 bis heute haben junge Menschen in der gesamten Europäischen Union die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise erlitten.

Zwar hat sich die Beschäftigungssituation junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren in jüngster Zeit in vielen Mitgliedstaaten gebessert, doch ist die Jugendarbeitslosenquote (21,6 % im August 2014) weiterhin mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote in der EU. Hinzu kommt, dass 40 % der jungen Arbeitnehmer nur befristet beschäftigt sind und nahezu ein Viertel der jungen Menschen auf Teilzeitbasis arbeitet. Überdies ist die Quote der jungen Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische und/oder berufliche Ausbildung absolvieren (NEET), von 11 % im Jahr 2008 auf nahezu 13 % im Zeitraum 2010-2014 gestiegen¹.

¹ Europäische Kommission, "EU employment and social situation" (Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in der EU), September 2014.

Die negativen Auswirkungen der Krise auf junge Menschen betreffen nicht nur deren Situation auf dem Arbeitsmarkt, sondern führen auch zu einem Verlust an Vertrauen in die Zukunft, einer wachsenden Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung, einer sinkenden Bereitschaft zu zivilgesellschaftlichem Engagement sowie zu größeren Schwierigkeiten, ein von der Familie unabhängiges Leben zu führen. In vielen Mitgliedstaaten ist die Zahl der jungen Menschen, die noch bei ihren Eltern leben, in den letzten Jahren gestiegen².

Möglicher Beitrag des bereichsübergreifenden jugendpolitischen Ansatzes

Aus den geschilderten Gründen wird es in Europa auf allen Ebenen zunehmend notwendig, Strategien und politische Maßnahmen zu entwickeln, die geeignet sind, den Bedürfnissen der jungen Menschen konkret zu begegnen, indem sie ihnen eine aktive Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben ermöglichen, und die die jungen Menschen gleichzeitig auf ihrem natürlichen Weg ins Erwachsenenleben unterstützen.

Damit diese Herausforderung bewältigt werden kann, muss eine jugendpolitische Vision entwickelt werden, in deren Rahmen der bereichsübergreifende Ansatz als der entscheidende Faktor herausgestellt wird.

Der italienische Vorsitz ist der Ansicht, dass bei der Jugendpolitik das Individuum im Mittelpunkt stehen muss, d. h. Kriterium für die Festlegung von Aktionen/Maßnahmen müssen die jeweiligen Adressaten sein und nicht die Maßnahmeninhalte oder der betreffende Politikbereich.

Dies bedeutet, dass ein Perspektivwechsel in der Jugendpolitik erfolgen muss, der die Abkehr von der Vorstellung beinhaltet, dass diese Politik auf einen kleinen Bereich beschränkt ist, damit dafür gesorgt wird, dass jugendspezifische Aspekte auch in andere, damit verbundene Politikbereiche einbezogen werden.

² Eurofound (2014), "Social situation of young people in Europe" (Soziale Situation junger Menschen in Europa), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Eigentlich ist dieser Ansatz nicht neu. In den letzten Jahren haben sowohl die UNESCO als auch der Europarat und die Europäische Kommission für den bereichsübergreifenden Ansatz geworben. Dennoch ist es sicherlich so, dass dieser Ansatz in der Europäischen Union noch nicht sein volles Potenzial entfaltet hat.

Daher ist es wichtig, dass die jugendpolitischen Akteure auf nationaler und europäischer Ebene für die Entwicklung von Mechanismen und Instrumenten werben, welche die jugendspezifische Dimension in den Mittelpunkt politischer Maßnahmen und des anschließenden Ausbaus des Dialogs und der Koordinierung mit den verschiedenen Politikbereichen rücken. Insbesondere die Politikbereiche Bildung, Beschäftigung, Wohnungswesen, Gesundheit und Wohlergehen junger Menschen sowie Teilhabe und soziale Inklusion dürften diesbezüglich besonders relevant sein.

Laufende Maßnahmen zur Förderung eines bereichsübergreifenden Ansatzes

Die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um dafür zu sorgen, dass Jugendfragen bei der Konzeption, Umsetzung und Evaluierung von Strategien und Maßnahmen in anderen verwandten Bereichen durchgängig berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren hat der Rat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass er die Förderung der Entwicklung eines bereichsübergreifenden Ansatzes für die Jugendpolitik unterstützt.

So wird in den "Schlussfolgerungen des Rates zur bestmöglichen Nutzung des Potenzials der Jugendpolitik im Hinblick auf die Ziele der Strategie Europa 2020" darauf hingewiesen, dass die Verfolgung eines bereichsübergreifenden Ansatzes und eine interinstitutionelle Koordinierung auf einzelstaatlicher Ebene und auf EU-Ebene von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung einer wirksamen Jugendpolitik und die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 in Bezug auf junge Menschen sind.

In den "Schlussfolgerungen des Rates zur Förderung der sozialen Inklusion junger Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren"³, wird ebenfalls darauf hingewiesen, dass eine ganzheitliche und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sichergestellt werden muss.

Im jüngsten Arbeitsplan für die Jugend (2014-2015)⁴ wird festgestellt, dass es notwendig ist, die hinsichtlich der spezifischen Probleme junger Menschen gewonnenen Erkenntnisse auch in anderen Bereichen (z. B. Beschäftigung, Bildung, Sozialdienste und Gesundheitsversorgung) zu verbreiten. Außerdem wird in dem Arbeitsplan auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Einbeziehung der Jugend und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb des Rates zu verstärken, damit sichergestellt ist, dass die Situation und die Bedürfnisse junger Menschen bei der Politikgestaltung berücksichtigt werden.

Aussprache der Minister

Der italienische Vorsitz möchte dafür sorgen, dass weitere Fortschritte bei der Verwirklichung einer stärker bereichsübergreifend angelegten Jugendpolitik erzielt werden. Zu diesem Zweck wird der Rat eine Orientierungsaussprache führen.

Die Minister werden in diesem Zusammenhang ersucht, Überlegungen zu folgenden Fragen anzustellen:

- 1) **Welche dringendsten sozioökonomischen Herausforderungen, mit denen junge Menschen gegenwärtig konfrontiert sind, können durch eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene am wirksamsten bewältigt werden?**
- 2) **Welche möglichen Maßnahmen und Instrumente sollten die EU und die Mitgliedstaaten nutzen, um den bereichsübergreifenden Ansatz zu konkretisieren?**

³ ABL. C 30 vom 1.2.2014, S. 5.

⁴ Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 20. Mai 2014 zu einem Arbeitsplan der Europäischen Union für die Jugend für die Jahre 2014-2015 (ABl. C 183 vom 14.6.2014, S. 5).